

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 16 (1996)
Heft: 32

Artikel: Schweizer Banken und wirtschaftliche Kollaboration mit Nazi-Deutschland
Autor: Trepp, Gian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652363>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gian Trepp

Schweizer Banken und wirtschaftliche Kollaboration mit Nazi-Deutschland

„Die Sorge unserer Wirtschaftsdiplomatie (im Zweiten Weltkrieg) war stets nur Sicherstellung der Versorgung, nicht die geldgierige Kollaboration“, sagte Bundesrat Kaspar Villiger in seiner Rede vom 7. Mai 1995 vor der vereinigten Bundesversammlung. Seither haben die Kampagnen von US-Senator Alfonse d’Amato und des Jüdischen Weltkongresses (WJC) vor Augen geführt, dass Villigers Lesart der Geschichte auf Wunschdenken und Verdrängung fusste, nicht auf Forschung und Analyse. Weil die Frage der „geldgierigen Kollaboration“ im Krieg seit über fünfzig Jahren weitgehend unerforscht blieb, vermochte der Bundesrat die geforderten klaren Antworten auf die Fragen nach dem Nazi-Raubgold und den nachrichtenlosen Vermögen ermordeter Juden auf Schweizer Banken nicht zu geben. Und demonstrierte damit vor der Weltöffentlichkeit, dass die Geschichte des Finanzplatzes Schweiz während der Nazizeit bis heute weitgehend im dunkeln liegt. Die mittlerweile vom Parlament beschlossene Expertenkommission auf der Grundlage des am 13.12.96 rechtskräftig gewordenen „Dringlichen Beschluss über die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte“ wird mit ihren Forschungen die Geschichtslücke füllen – dank eines privilegierten Zugangs zu den Archiven und teilweiser Aufhebung vom 1934 eingeführten Bankgeheimnis und vom Berufsgeheimnis der Anwälte.

Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges eröffnet sich die Möglichkeit, das internationale Geschäft auf dem Finanzplatz Schweiz in dieser Zeit historisch umfassend aufzuarbeiten. Auch wenn, wie der Zürcher Historiker Jörg Fisch (NZZ, 8.11.96) bemerkte, die Gefahr besteht, dass eine Expertenkommission mit staatlichem Auftrag und privilegiertem Zugang zu den Quellen der Illusion einer abschliessenden historischen Wahrheit Vorschub leisten könnte. Die Einsetzung einer internationalen Historikerkommission im Dezember 1996 ist zu begrüßen, vorausgesetzt, sie arbeitet unabhängig, kritisch, gründlich und kann ihre Forschungsergebnisse unzensuriert publizieren.¹

Das Funktionieren des internationalen Finanzplatzes im Krieg fusste auf der Politik eines frei handelbaren Schweizer Frankens und des freien Goldhandels. Im Prinzip war dieser Wirtschaftsliberalismus mit der Doktrin der bewaffneten Neutralität zwar kompatibel, realpolitisch profitierte jedoch vor allem das devisenhungrige „Dritte Reich“, während die Alliierten problemlos auf den Franken verzichten konnten, da mit dem US-Dollar ebenfalls eine

konvertible Währung zur Verfügung stand. So gesehen kann der Schweizer Verzicht auf Devisenkontrollen als neutralitätswidrige Begünstigung der wirtschaftlichen Kollaboration mit Nazi-Deutschland interpretiert werden. Finanztransaktionen, die im Zusammenhang mit der legitimen Sicherung der Eigenversorgung der Schweiz standen, können nicht von Transaktionen unterschieden werden, bei denen die Schweiz nur Durchgangsstation im Zahlungsverkehr der Achsenmächte war – sei's aus Geldgier oder sei's aus Sympathie für die Nazis und die italienischen Faschisten.

Im Warenhandel war die Schweiz von den Achsenmächten abhängig und zu überlebensnotwendigen Konzessionen gezwungen. In der Finanzpolitik bestand – so paradox das klingen mag – eine umgekehrte Ausgangslage: Nazi-Deutschland war von der Schweiz abhängig. Zur Bezahlung kriegswichtiger Importe aus den neutralen oder verbündeten Ländern brauchte die Nazi-Kriegswirtschaft Devisen: Wolfram aus Portugal, Eisenerz aus Schweden oder Rohöl aus Rumänien waren nur schwer oder gar nicht gegen deutsche Reichsmark zu bekommen. Sie mussten entweder in Schweizer Franken oder in der jeweiligen Lokalwährung bezahlt werden, zum Beispiel in portugiesischen Escudos. Diese Devisen beschaffte sich die Reichsbank in der Schweiz. Zur Bezahlung ihrer Devisenkäufe verkauften sie hierzulande Raubgold und andere geraubte Wertgegenstände. Heute gilt es zu erforschen, in welchem Ausmass Schweizer Banken, Geschäftsanwälte, Treuhänder und Vermögensverwalter hier die Grenze zur Wirtschaftskollaboration überschritten haben.

Die akademische Geschichtsforschung an den Schweizer Universitäten hat das Thema der wirtschaftlichen Kollaboration der Schweiz mit Nazi-Deutschland und Italien während Jahrzehnten tabuisiert. So ignoriert beispielsweise der Bonjour-Bericht von 1970, das sechsbändige Werk unter dem Titel „Geschichte der schweizerischen Neutralität“, die Rolle des Finanzplatzes im Krieg. Subjektiv gesehen ist diese Berührungsangst der etablierten Historikerkunft verständlich. Wer sich in den letzten Jahren allzu intensiv mit dem Auslandsgeschäft der Banken während des Zweiten Krieges befasste, stiess bald einmal auf das Thema „Wirtschaftskollaboration“ und geriet damit zwangsläufig auf Kollisionskurs mit den Banken – was in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren gefährlich werden konnte. Wissenschaftliche Studien zur Geschichte des Finanzplatzes im Zweiten Weltkrieg wurden in der Regel von Studenten geschrieben. Den allermeisten Geschichtsprofessoren galten Hinweise auf Wirtschaftskollaboration, die Rolle des Finanzplatzes im Krieg, Naziraubgold und ähnliches als Räubergeschichten, die man gerne den jungen linken Historikern und Journalisten überliess. Etwa dem Journalisten Werner Rings, der zu Beginn der achtziger Jahre die Goldgeschäfte der Nationalbank² mit der Reichsbank untersucht hat.

Im Unterschied zu den hier untersuchten Aktivitäten der Nationalbank sind die Auslandsgeschäfte der Grossbanken während des Krieges bis heute weitgehend unerforscht geblieben. Und dies obwohl der Aufstieg der

heutigen drei Grossbanken im Zweiten Weltkrieg begann. Bei Kriegsbeginn 1939 existierten sechs Grossbanken: die Kreditanstalt, Bankgesellschaft, Eidgenössische Bank, Bank Leu, Basler Handelsbank und der Bankverein. Drei Institute, nämlich Kreditanstalt, Bankverein und Bankgesellschaft, kamen gestärkt aus dem Kriegsgeschehen heraus: drei andere, die Eidgenössische Bank, Basler Handelsbank und Bank Leu hingegen waren unmittelbar nach Kriegsende konkursreif. Der Grund für den Bankrott war deren Ausrichtung auf Kontinentaleuropa: das „Neue Europa“ der Nazis. Im Mai 1945 konnte ihre Bilanz die totale Abschreibung der Anlagen in Deutschland, in den besetzten Gebieten und den Nazisatelliten auf dem Balkan nicht verkraften. Die Eidgenössische Bank wurde damals von der Bankgesellschaft geschluckt, die Basler Handelsbank vom Bankverein, der auch die Bank Leu saniert hat. Im Unterschied dazu hatten Bankgesellschaft, Bankverein und Kreditanstalt nicht auf einen Sieg Hitlers gesetzt – und machten das Rennen. Die drei Institute eröffneten bereits vor dem Krieg eine Vertretung in New York und waren daher 1945 mit den Gepflogenheiten im Bank- und Finanzwesen der USA und Englands vertraut.

Der Untergang der drei Grossbanken, die auf Hitler gesetzt hatten, wurde, soweit mir bekannt, von den Schweizer Historikerinnen und Historikern bislang völlig ignoriert, obwohl diese Ereignisse, die die Bankenlandschaft bis heute entscheidend geprägt haben, in der damaligen Zeit äusserst dramatisch empfunden wurden. Max Brugger, der Präsident der Basler Handelsbank, beging im Sommer 1945 Selbstmord. Die Geschichte des Schweizer Bankwesens fand bislang vornehmlich in Festschriften statt, welche sich die Banken jeweils zu ihren runden Jubiläen selber schenken. Etwa das Werk „Eine Familie und ihre Bank“, das 1990 zum hundertjährigen Jubiläum der Bank Julius Bär in Zürich erschienen ist. (Ernst Bieri, Karl Völk, Peter Holenstein unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Hansjörg Siegenthaler) Solche Jubiläumsgeschenke pflegen die „schmerzhaften“ Fakten zu unterschlagen.

So verschweigt die erwähnte Bär-Festschrift beispielsweise, dass ihr Chef Walter J. Bär 1940 als Jude von der Präsidentschaft des Zürcher Effektenbörsenvereins zurücktreten musste. Die Arisierung der Zürcher Börse war damals opportun, sonst wäre die nazideutsche Kundschaft abgewandert und wären die Schweizer Banken von der Aktienhausse ausgeschlossen worden, die nach dem Zusammenbruch Frankreichs begann und etwa bis Ende 1941 dauerte. Dank der damaligen Schweizer Börsensonne war das Geschäftsjahr 1941 auch für die Bank Bär ein Rekordgewinnjahr.

Heute sind solche von Banken finanzierte Festschriften weniger gefragt, gefordert ist der kritische Rückblick auf die Geschichte der Schweizer Banken. Und zwar mehr denn je, wenn man beispielsweise an folgenden Vorfall denkt. Am 9. Oktober 1996 verfasste die „Corporate Communications Group“, das globale Kommunikationszentrum der Bankgesellschaft, als Antwort auf die weltweite negative Presse wegen des Umgangs der Banken mit den Fragen nach dem Verbleiben der Holocaust-Gelder und des Nazi-Raubgoldes ein schriftliches Memorandum in englischer Sprache an

alle SBG-Mitarbeiter in Nord-Amerika. Dort heisst es unter anderem: „Private Banken wie etwa die SBG waren auf keine Art und Weise in Geschäfte mit solchem (Nazi-Raubgold) verwickelt.“ Eine eklatante Irreführung des nordamerikanischen SBG-Personals!

Die Schweizerische Bankgesellschaft hat während des Krieges für mindestens ein Kundendepot Nazi-Raubgold ausgeliefert erhalten, wie ich bereits 1993 in meinem Buch „Bankgeschäfte mit dem Feind“ über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (S. 175ff) dargelegt habe. Die Reichsbank lieferte damals einen Teil des von den Deutschen geraubten und später in gefälschte deutsche Barren mit Vorkriegsdatum umgegossenen belgischen Währungsgoldes ins Depot der Rumänischen Nationalbank bei der SBG in der Schweiz.

Auch in den Archiven des Bankvereins gibt es zweifelsohne noch viel unbekanntes Material aus der Kriegszeit zu erschliessen. So wären beispielsweise die genauen Umstände des Umschmelzens von Nazigold in der Bankverein-Goldschmelze in Le Locle zu rekonstruieren. Auch die Eidgenössische Münzstätte in Bern hat Nazigold umgeschmolzen. Das epochale Defizit in der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte der Schweizer Grossbanken im Krieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit erfordert heute auch in diesem Themenbereich einen Forschungsschwerpunkt.

Anmerkungen

- 1 Von einiger Brisanz ist die Kritik des Jüdischen Weltkongresses (WJC) an der Berufung von Harold James, Geschichtspräsident der US-Universität Princeton, in die internationale Historikerkommission. James wurde vom WJC als „völlig inakzeptabel“ qualifiziert. Dass seine Standpunkte auch polarisieren, war bereits von seiner Arbeit her zur Geschichte der Deutschen Bank während der Nazizeit bekannt. (Harold James: Die Deutsche Bank 1933-1945. In: Lothar Gall, Gerald D.Feldmann, Harold James, Carl-Ludwig Holtfrerich, Hans E. Büschgen: Die Deutsche Bank 1870-1995. München 1995) In diesem von der deutschen Bank finanzierten Werk polemisiert James immer noch ganz im Stile der „Logik“ des Kalten Krieges gegen Historiker, die von anderen Ansätzen ausgehen als er: „Moderne Kritiker, die dem Kapitalismus argwöhnisch und feindselig gegenüberstanden und Banken als integralen Bestandteil des diktatorischen Ausbeutungsapparates betrachteten, haben eine völlig irreführende Interpretation vorgelegt.“ (vgl. Die Deutsche Bank 1870-1995, Seite 322). Auch der Präsident der neu eingesetzten Historikerkommission, Prof. Jean F. Bergier, gehört zwei Vereinen für Bankengeschichte an, die von Banken finanziert werden (s. Facts, 2/97).
- 2 Anlässlich der Erklärungen der Nationalbank zur „Raubgoldproblematik“ schrieb die NZZ (14./15.12.96): „Diskutabel ist der Standpunkt der SNB, ihr damaliger Goldhandel sei als Teil der Landesverteidigung aufgefasst worden und aus stabilitätspolitischen Überlegungen unumgänglich gewesen. Weshalb denn wurde der Bundesrat von der SNB über das dissuasive Potential der Transaktionen nicht aufgeklärt, weshalb dieses wichtige Verhandlungsargument den Unterhändlern vorenthalten, die mit den Deutschen um das wirtschaftliche Überleben rangen? Und ist eine Goldpolitik stabilitätsorientiert, die das für die Inflationsbekämpfung offenbar so notwendige Gold, wenige Wochen nachdem es aus dem Reich eingeführt worden war, wieder in Drittländer ausführt, gegen dieselben Schweizerfranken, die man eben erst nach Deutschland geliefert hatte? Oder entspricht dieses Bild der „Goldwäsche“, wie es Werner Rings gezeichnet hat, nicht mehr den Tatsachen?“